P r e s s e e r k l ä r u n g

Fraktion der
Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands im
Rat der Stadt
Braunschweig

2. November 2007

Der städtische Haushalt 2008 muss Zukunftsinvestitionen beinhalten

"Der städtische Haushalt für das Jahr 2008 zeigt ein zwiespältiges Bild", erklärt Manfred Pesditschek, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion, zu den Haushaltsanträgen seiner Fraktion. "Einerseits hohe Steuereinnahmen und hohe Rücklagen, andererseits der geringste Vermögensbestand seit über 20 Jahren und ein Sanierungsstau bei den öffentlichen Gebäuden in nie da gewesener Höhe. Bei dieser Kassenlage sei es unverantwortlich, die dringenden Sanierungen an Schulen und Kindergärten weiter hinauszuschieben." Die SPD-Ratsfraktion fordert daher zusätzliche Ausgaben in Höhe von 7 Mio. Euro, z. B. für Ersatz von Fenstern, Dachsanierungen und Wärmedämmung. "Das sind Ausgaben, die sich durch Einsparung bei den Energiekosten für die Stadt auch rechnen", stellt der SPD-Politiker fest.

Wie Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften fordert die SPD-Ratsfraktion auch Unterstützung für Kinder von Hilfeempfängern nach den einschlägigen Vorschriften der Sozialgesetzgebung. Das gelte sowohl für ein kostengünstiges Mittagessen als auch für die Bereitstellung von Schulmaterial wie Hefte, Wörterbücher und Schreib- und Zeichenbedarf. Das könne als Sachleistung geschehen und in den Schulen organisiert werden. "Bessere Schulbildung für diese Kinder erhöht die Chancen auf Ausbildungsplatz und Beruf. Hier darf sich die Stadt nicht aus der Verantwortung stehlen!" fordert Pesditschek.

Ein weiterer Haushaltantrag der SPD-Ratsfraktion gilt der Wiedereinführung des von der CDU-/FDP-Ratsmehrheit vor fünf Jahren gestrichenen Braunschweig-Passes, der sozial benachteiligten Bürgerinnen und Bürgern die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichern soll. Nach den Vorstellungen der SPD soll sich die Stadt hier allerdings nicht mit Zuschüssen beteiligen, sondern Theater, Bäder, Kinos, der ÖPNV und ähnliche Einrichtungen werden aufgefordert, Sozialtarife anzubieten, die dann von Inhabern des Braunschweig-Passes gegen ermäßigtes Entgelt genutzt werden können. Die Stadt soll diese Aktivitäten koordinieren und die Pässe ausstellen.

Außerdem fordert die SPD-Ratsfraktion, in Braunschweig wieder eine Verbraucherberatungsstelle zu eröffnen. Braunschweig besaß die älteste Verbraucherberatung in Niedersachsen. Sie musste im Jahr 2002 geschlossen werden, nachdem die CDU-/FDP-Mehrheit im Rat den städtischen Zuschuss gestrichen hatte. "Es ist beschämend, dass ein Oberzentrum wie Braunschweig seinen Bürgerinnen und Bürgern eine Einrichtung vorenthält, die in den Städten um Braunschweig herum selbstverständlich ist. Die Braunschweigerinnen und Braunschweiger zahlen genauso ihre Steuern wie die Bürgerinnen und Bürger im Umland. Mit welchem Recht verweigert die Ratsmehrheit ihnen diese kommunale Institution?" fragt Pesditschek.

Hart kritisiert der SPD-Politiker die Ratsfraktionen von CDU und FDP. "Diese Parteien hätten ihren Willen zur Mitgestaltung des Haushalts wohl an der Garderobe von Oberbürgermeister Dr. Hoffmann abgegeben", so Pesditschek. "Jedenfalls verzichteten sie offensichtlich darauf, mit nennenswerten eigenen Beiträgen den Haushaltsentwurf zu verändern. Dieser weitgehende Verzicht auf eigene finanzwirksame Anträge zeichne ein Bild des Jammers bei der Ratsmehrheit ab“, stellt der Fraktionsvorsitzende abschließend fest.

gez. Norbert Rüscher
Fraktionsgeschäftsführer